



BREMEN

LANDES JOURNAL

TARIFVERHANDLUNGEN

Warnstreik zeigte Wirkung

12 000 Gewerkschafter in Bremens guter Stube

Der stellvertretenden Verhandlungsführerin Karoline Linnert führten unsere gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen am 3. 3. 2011 sehr deutlich vor Augen, was sie von der unnachgiebig und arrogant wirkenden Verhandlungsführung in der Einkommensrunde 2011 halten. Die GdP besetzte gemeinsam mit anderen Gewerkschaften den kompletten Marktplatz, eine Räumung wurde nicht nötig.

12 000 Kolleginnen und Kollegen folgten dem Aufruf der Gewerkschaften, ihrem Unmut über die starre Haltung der Arbeitgeber Luft zu verschaffen. Trotz eines vorhandenen Streikverbotes für Polizeivollzugsbeamte beteiligten sich zahlreich neben den Tarifbeschäftigten die uniformierten Kolleginnen und Kollegen ebenso wie die Versorgungsempfänger, die sich für eine angemessene Einkommenserhöhung einsetzten.

Inzwischen gab es doch noch eine Einigung im Tarifstreit.

Das Tarifergebnis in Kurzform:

2011 Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro, zahlbar bis 31. 5. plus Tarifierhöhung von 1,5% ab 1. 4.

2012 Tarifierhöhung von 1,9% ab 1. 1. und einen Sockelbetrag von 17 Euro



Der öffentliche Dienst auf dem Weg zum Bremer Marktplatz

Eine regelmäßige Forderung bei Tarifverhandlungen im Bereich der Länder ist die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme für die Beamtinnen und Beamten sowie für die Versorgungsempfänger. Mit anderen Worten: Tarifkampf bedeutet auch Besoldungs- und Versorgungskampf. Noch in Potsdam sicherte Hartmut Möllring eine Übernahme des Tarifergebnisses für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten zu.

In der Schule ist das Abschreiben beim Nachbarn verboten, hier sollte es selbstverständlich sein, von uns würde es keine Sechs geben, eher eine Eins, Frau Linnert.

Der Weser Kurier berichtete am 14. 3. 2011, die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Beluga-Reederei dürfe nicht auf den Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden, und die Belegschaft trage an der Schieflage im Unternehmen keine Schuld.

Was für Beluga gilt, sollte auch für den öffentlichen Dienst gelten. Wir sind zwar keine Reederei, wir kümmern uns nur um die Innere Sicherheit. Eine Ab-

koppelung von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ist für den Standort Bremen sicherlich nicht förderlich, wenn nicht gar kontraproduktiv zu an-



deren wirtschaftsfördernden Maßnahmen. Daher fordern wir die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie für die Versorgungsempfänger.

Weitere Informationen findet ihr auf unserer Homepage <http://www.gdp.de/Bremen>. Axel Kniefs



Stolz, dabei gewesen zu sein!

Eindrücke der Bremerhavener Delegation

Morgens, **08.00 Uhr:** Im Gewerkschaftshaus/GdP-Büro letzte Vorbereitungen; Getränke für die Fahrt nach Bremen hat der Kollege noch schnell besorgt. Die Vorstandskollegen/-innen sind auch schon bereit für den Aktionstag. „Hast du dich warm genug angezogen? Ist echt kalt heute“. Es wird diskutiert. Wir Beamte sollen nicht teilnehmen, hatte das Personalamt des Magistrats Bremerhaven gestern noch schnell an alle gemailt. Es würden disziplinarische Maßnahmen drohen. Schon mal was von Grundrechten, die übrigens auch für Polizeibeamte gelten, gehört?

Treffen ist an der Stadthalle. Dort fahren die Busse vor. Mal sehen, wie viele

Kollegen/-innen wir dieses Mal mobilisieren konnten?

Der Bus füllt sich. Viele hat man schon längere Zeit nicht mehr gesehen. Aber unsere „Berufsdemonstranten“ aus dem aktiven und dem Pensionärsbereich sind eben zuverlässig. Darauf bin ich stolz. Ein großes Hallo. Schön, dass du auch wieder dabei bist. Einige neue Gesichter sind auch da. Ich frage mich, ob sich das frühe Aufstehen an dem kalten Morgen gelohnt hat? Eigentlich hätte ich ja an meinem freien Tag viel wichtigere Sachen zu erledigen. Latschdemos kenne ich auch schon zur Genüge.

09.10 Uhr: Und los geht's auf die Autobahn nach Bremen.

10.20 Uhr: Die ersten Busse sind bereits eingeparkt, als wir ankommen. Ob wohl viele zum Demonstrieren kommen werden? Etliche Demonstranten unterschiedlicher Gewerkschaften aus Bremen, Bremerhaven und Niedersachsen haben sich bereits eingefunden. Die Kreis- und Bezirksgruppen der GdP aus Niedersachsen dominieren. Es gibt leckere Suppe und eine Kaffeebar. Das tut gut gegen die Kälte. Tolle Verpflegung ver.di!

TERMIN

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2011, Landesjournal Bremen, ist der 8. April 2011.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

INTERNET

<http://www.gdp-bremen.de>

GdP Bremen im Internet mit erweitertem Funktionsumfang

Im Februar 2011 wurden die Internetseiten der GdP Bremen grundlegend überarbeitet. Dabei bleibt die wichtigste Änderung den meisten verborgen. Sie wird erst durch die Anmeldung über den Mitgliederlogin sichtbar. Worum handelt es sich?

Wir haben die Möglichkeit, den Zugriff auf bestimmte Seiten und ganze Ordner auf GdP-Mitglieder insgesamt oder sogar der GdP-Mitglieder des Landesbezirks Bremen zu begrenzen. Wer nicht berechtigt ist, sieht in der Navigation noch nicht einmal die entsprechenden Schaltflächen und merkt daher auch nicht, dass ihm einige Informationen nicht zur Verfügung stehen.

Für uneingeschränkte Information ist eine Anmeldung über den Mitgliederlogin erforderlich. Dafür werden die Mitgliedsnummer der GdP und ein Passwort benötigt. Die Mitgliedsnummer befindet sich auf dem Mitgliedsausweis oder auch auf dem Adressaufkleber der Zeitschrift „Deutsche Polizei“. Das Passwort kann

online über den Login-Antrag auf den Seiten der GdP beantragt werden. Eine sofortige Freischaltung ist allerdings nicht möglich. Aus Sicherheitsgründen werden die eingegebenen Daten überprüft und das Passwort wird per Post an die bei der GdP hinterlegte Adresse gesandt.

Dieser hohe Sicherheitsstandard schafft dafür Möglichkeiten, die ansonsten nicht zur Verfügung stehen würden. Bisher haben wir beispielsweise nur in einem sehr begrenzten Umfang Bilder in das

Internet gestellt. Auf Bildern waren bestimmte Funktionsträger erkennbar. Darüber hinaus haben wir die Auflösung oftmals so gering gehalten, dass abgebildete Personen eigentlich gar nicht erkennbar waren. Auf Dienstpläne und andere interne Informationen haben wir ganz verzichtet. Dies wird im öffentlichen Bereich auch so bleiben. Im Mitgliederbereich stehen dagegen all diese Informationen uneingeschränkt zur Verfügung.

Also ANMELDEN und Informationen nutzen!
Heinfried Keithahn



DEMONSTRATION

Zwischendurch ein Blick zum Busparkplatz. Die machen da ja schon die zweite und dritte Reihe auf. Oha, da kommt doch was zusammen. Der Sammelplatz füllt sich zusehends.

Punkt 11.00 Uhr. Los geht's. Die Sambagruppe vorweg. Mit ihren Trommeln sorgen sie für die richtige Stimmung. Ein Blick zurück: Wir sind ja schon am Hauptbahnhof vorbei und der Rest der Truppe ist ja noch nicht mal auf der Theodor-Heuss-Allee. Das sind aber eine Menge Menschen, die für gleiche Interessen hier und heute marschieren. Das macht schon Eindruck.

Hinter dem Gustav-Deetjen-Tunnel scheint die Sonne. Jetzt wird's doch gleich viel wärmer. Ups, nicht mit der Fahnenstange an die Oberleitung der Straßenbahn kommen. Wir scherzen: „Gib mir doch mal deine Hand, für alle Fälle“.

Das schöne Gefühl, mit so vielen Menschen eine gemeinsame Sache einzufordern, wird immer stärker. Es ist beeindruckend. Als Uniformträger bin ich stolz darauf, dabei zu sein. Jetzt kommt auch noch der Leiter der Schutzpolizei Bremen hinzu und reiht sich in den Demonstrationzug ein. Dass der ÖPNV und der übrige Straßenverkehr warten



Trotzten der Kälte: Demonstranten aus Bremerhaven und anderen Städten.

müssen, ist auch ok. Schließlich ist es mein Grundrecht, hier zu sein.

Ein Schwenker zum Senator für Finanzen mit viel Rabatz. Die sollen schließlich merken, dass wir da sind. Dann kommen wir auf dem Marktplatz an. Er ist überfüllt mit demonstrierenden Menschen. Ein Fahnenmeer (überwiegend grünweiß), Plakate, die Kollegen geben ihr letztes Hemd: Frau Linnert, Trillerpfeifen und Ratschen. Ein Riesenspektakel. Das geht runter wie Öl.

Es ist ein überwältigendes und erhabendes Gefühl, mit dabei gewesen zu

sein. Allein dafür hat sich das frühe Aufstehen doch gelohnt und natürlich auch für die netten Gespräche mit den Kollegen/innen, für die man sonst eigentlich keine Zeit hat und die man sonst eigentlich gar nicht trifft.

Ach ja, die wichtigen Sachen erledige ich dann eben morgen. Denn dieses Gefühl heute, bei dieser Demo, kann mir keiner mehr nehmen.

Anmerkung: Der Veranstalter benannte die Teilnehmerzahl mit 12 000.

Thomas Harlos-Boekhoff
(stellv. Vorsitzender der Kreisgruppe)

FACHGRUPPE STADTAMT

Was macht eigentlich Team 5?

Negative Presseberichte über die Abschiebep Praxis des Stadtamtes und über die dort tätigen Mitarbeiter blieben unwidersprochen. Nun melden sich die betroffenen Mitarbeiter selbst zu Wort.

Das legendäre Team 5 der Ausländerbehörde Bremen ist laut Funk und Fernsehen in der jetzigen Form bereits aufgelöst. Das erfuhr Team 5 aus der Presse. Was, wann und wie die Auflösung aussehen soll, konnte der Arbeitgeber bislang nicht mitteilen – auch nicht der Presse. Was also macht Team 5? Es arbeitet derzeit „aufgelöst“.

Medial wurde Team 5 ideologisch und reißerisch ausschließlich auf Abschiebungen, also den Teilbereich Rückführung, reduziert. Team 5 war (und ist!) aber mitnichten das böse

„Abschiebeteam“. Nein, es bearbeitet den Bereich „Duldung, Asyl, Rückführung“.

Der Teilbereich Rückführung ist für den jeweils betroffenen Menschen existenziell. Allen Mitarbeitern in Team 5 ist dies bewusst – auch ohne journalistisch erhobenen Zeigefinger im bevorstehenden Wahlkampf. Alle Mitarbeiter im Team 5 bewältigen seit jeher mit höchstmöglicher Sensibilität und Empathie die tägliche Arbeit im Bereich der Rückführung.

Fürsorge des Arbeitgebers vermisst

Der Teilbereich Rückführung ist auch rechtlich anspruchsvoll, denn es sind Grundrechte betroffen und es kommt auch zu Freiheitsentziehungen. Den Mitarbeitern aus Team 5 ist diese Trag-

weite wohl bewusst. Nicht erst, seit in den Medien aktuell über das Team 5 u. a. der Begriff des „individuellen Fehlverhaltens“ verbreitet wird.

Die Möglichkeit einer objektiven Darstellung oder einer Rechtfertigung steht den Mitarbeitern aus Team 5 aus Loyalitäts- und Datenschutzgründen nicht offen. Man ist auf die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers und darauf, dass diese ausgeübt wird, angewiesen. Dass jedoch einzig vor zwei Monaten mündlich die Prüfung der Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Team-5-Mitarbeiter mitgeteilt wurde, ist nicht sonderlich fürsorglich, sondern eher äußerst enttäuschend. Die psychische Belastung, nicht zu wissen, ob und wann noch disziplinarische Nachbeben anstehen, belastet außerdem die ohnehin schwierige Arbeit in Team 5 zusätzlich.

Fortsetzung auf Seite 4



FACHGRUPPE STADTAMT

Fortsetzung von Seite 3

Es scheint daher dringend angebracht, über Team 5 einiges klarzustellen:

- Team 5 ist kein „Abschiebeteam“, sondern entscheidet in Fälle über Menschen, die von Aufenthaltsbeendigung bedroht sind. Dabei wird überwiegend entschieden, die Menschen weiter zu dulden – 1300 Menschen werden derzeit geduldet. Team 5 bearbeitet auch Fälle von Menschen, die Asyl beantragen wollen oder dies bereits getan haben.
- Team 5 bringt nach wie vor bei weitem mehr Menschen in einen sicheren Aufenthalt, als es Aufenthalte beendet (2010: 59 Abschiebungen, 312 Aufenthaltserlaubnisse; bis 02/2011: 2 Abschiebungen, 26 Aufenthaltserlaubnisse).

• Team 5 arbeitet mit höchstmöglicher Sensibilität und Empathie trotz organisatorisch und personell unzureichender Ausstattung: Seit 2005 sind mehrfach ergebnislos Überlastanzeigen geschrieben und Prioritätsweisungen erbeten worden. Es fehlen seit Langem vier Stellen, was die verbleibenden Mitarbeiter über Gebühr belastet. Der Landesrechnungshof hatte bereits vor mehreren Jahren auf die unzureichenden Zustände in der Ausländerbehörde und in Team 5 hingewiesen!

Alle Mitarbeiter von Team 5 möchten gute Arbeit erledigen und gerne noch besser werden. Dazu ist aber alternativlos erforderlich:

- Team 5 braucht die sofortige Besetzung der Teamleiterstelle, um einheitlich, klar und sicher Entscheidungen treffen zu können.

• Team 5 braucht eine verbindliche Prioritätsweisung des Senators für Inneres und Sport als Antwort auf die getätigten Überlastanzeigen und die sofortige Besetzung der vier freien Stellen.

• Team 5 braucht klare Vorgaben des Senators, was die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags von Aufenthaltsbeendigungen betrifft.

• Team 5 braucht Supervision, um den Anforderungen an die Arbeit und den damit einhergehenden psychischen Belastungen weiterhin gerecht werden zu können.

• Team 5 braucht Unterstützung durch den Arbeitgeber im Innenverhältnis und wünscht sich einen fairen Umgang im Außenverhältnis.

Für das gesamte Team 5

Rainer Besser

FACHGRUPPE WASSERSCHUTZ- UND VERKEHRSPOLIZEI

Was bleibt von den geplanten Einsparungen?

Das Küstenboot soll abgeschafft, die Wasserschutzpolizei personell reduziert werden. Abgabe von Aufgaben an Niedersachsen und den Bund stehen dazu auf dem Plan. Aber wie steht es um das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Hafenvirtschaft in Bremen und Bremerhaven?

Kurzer Rückblick:

Im Rahmen der Aufgabenkritik sollen u. a. Zuständigkeiten der Wasserschutzpolizei (WSP) an Niedersachsen abgegeben und damit sieben Stellen gestrichen sowie das Küstenboot Bremen 3 abgeschafft werden. Weitere 17 Stellen werden durch Abgabe der Grenzkontrollen in den Häfen Bremen und Bremerhaven an den Bund eingespart. Soweit seit geraumer Zeit die Planung.

Die Monate zogen ins Land

Eine Projektgruppe beim Senator für Inneres und Sport (SIS) wurde mit einem „Konzept für eine kostengünstigere Wahrnehmung wasserschutzpolizeilicher Aufgaben“ beauftragt. Es gab Gespräche mit Vertretern der Hafenvirtschaft, Beratungen in der Deputation für Inneres sowie im Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen und dem Bundesinnenminis-

terium (BMI) und auch mehrfach Berichte in den Medien.

Die Information unserer betroffenen Kolleginnen und Kollegen Ende vergangenen Jahres über die Planungen beinhalteten u. a. ein angestrebtes neues Personalkonzept, die Einrichtung eines Ausbildungs- und Besetzungspools sowie einen möglichen Zeitrahmen.

Ein Hauptaugenmerk lag auf einem Qualifizierungskonzept für Bootsführer und Maschinisten des Küstenbootes. Denn nur durch Bündelung von Funktionen/Qualifikationen lässt sich das geplante Einsparpotenzial auf dem Küstenboot (sieben Stellen) erreichen. Der Direktion Wasserschutz- und Verkehrspolizei (WV) sollte die zwingend benötigte Zeit eingeräumt werden, um die Kolleginnen und Kollegen zu qualifizieren.

Im Bereich des Küstenbootes bedeutet Qualifizierung: Sicherheit für Einsatzmittel und vor allem Besetzung

Parallel dazu führte die GdP eine Vielzahl von Gesprächen und verteilte eine umfassende Stellungnahme (nachzulesen unter www.gdp-bremen.de). Unsere Adressaten waren dabei u. a.: Hafen- und Wirtschaftsverbände, Umschlagsbetriebe, Reedereien, Handelskammern, Medienvertreter, Fraktionen aber auch einzelne Politiker.



Dierk Stahl, Vors. FG WV

Wie sieht es jetzt Mitte März aus?

Küstenboot:

Von der Gewährung der zwingend für die Qualifikation erforderlichen Zeit will niemand mehr etwas wissen. Plötzlich soll alles ganz schnell gehen. Der neue Staatsvertrag mit Niedersachsen soll noch in dieser Legislaturperiode zum 1. 5. 2011 in Kraft treten. In dem Staatsvertrag ist die Rede von der „Fortentwicklung“ des bestehenden Abkommens aus dem Jahr 2003. Mit „Fortentwicklung“ hat das neue Werk jedoch nichts zu tun. Bisher ist Bre-



FACHGRUPPE WASSERSCHUTZ- UND VERKEHRSPOLIZEI

men zu 100% zuständig. Aktuell entscheidet ausschließlich Bremen auf der Außenweser, mit welchem Einsatzmittel, welchem Personalaufwand und zu welchen Zeiten im Interesse Bremens die Einsätze gefahren werden. Zukünftig entscheidet ausschließlich Niedersachsen.

Lediglich sieben Beamte stellt Bremen noch für die Besetzung des niedersächsischen Küstenbootes. Selbst für diese Kollegen übernimmt Niedersachsen die Fachaufsicht. Hört sich das nach „Fortentwicklung“ an?

Dabei gibt es bisher noch gar keine abschließenden Fakten. Weder Senat noch Bürgerschaft fassten Beschlüsse (frühestens Anfang April). Es gibt kein der neuen Situation angepasstes Personalkonzept, keine Aussagen darüber, wie die Kollegen zukünftig ihren Dienst versehen sollen und keine Informationen über die zu erwartenden Dienstzeiten. Alle bisherigen Planungen u. a. zur Qualifizierung werden über den Haufen geworfen, und entsprechende Ausschreibungen sollen zurückgezogen werden.

Die Einhaltung des Abkommens durch Bremen zum 1. Mai 2011 erscheint uns nicht möglich!

Das durch Niedersachsen entworfene Personal- und Einsatzkonzept sieht ein Verhältnis 2 zu 1 vor, also eine Ablösung der niedersächsischen Besatzung nach 20 Tagen durch die Bremer Besatzung für 10 Tage. Das ist mit einer nur 7-köpfigen Besatzung nicht möglich. Selbst der bisher diskutierte Wechsel, 10 Tage Niedersachsen und 5 Tage Bremen, ist mit dem geplanten Personal unmöglich. Jedem müsste klar sein, dass mit nur einer Besatzung nicht fünf Tage am Stück ein Küstenboot besetzt werden kann. Im Minimum wird dafür eine Stärke von elf benötigt. Damit reduziert sich das angekündigte Sparvolumen beim Personal auf maximal drei Stellen.

Der Senator für Inneres und Sport ist ferner der Auffassung: (Zitat) „Der gemeinsame Betrieb des niedersächsischen Küstenbootes erspart auch die Investition in ein weiteres Streckenboot....“.

Dem müssen wir leider widersprechen. Bautechnisch sind die vorhandenen Streckenboote „Visura“ (Bremerhaven) und „Lesmona“ (Bremen) bis zu einer Wellenhöhe von 1,5 Metern ausgelegt. An der Stromkaje in Bremerhaven ist ganzjährig mit einer durchschnittlichen Wellenhöhe von 1,1 Metern zu rechnen. Die Wellenhö-

hen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Windstärke und der Tide. In Bremerhaven gab es im Jahr 2009 **168 Starkwindtage** mit Windstärken 6 bis 8 und **38 Sturmtage** mit Windstärke 8 und mehr. Diese Wetterlagen treiben die Wellen in Bremerhaven zeitweise weit über 1,5 m. Einsätze mit den Streckenbooten



sind dann ohne Gefahr für Schiff und Besatzung nicht mehr uneingeschränkt möglich.

Dass diese Witterungsbedingungen nicht mit einem in Niedersachsen erstellten Dienstplan für die Besetzung des Küstenbootes planbar sind, leuchtet ein. Fordert Bremen das niedersächsische Küstenboot für einen Einsatz in Bremerhaven an, und das Boot befindet sich zu dem Zeitpunkt mitten im niedersächsischen Dienstbezirk, beispielsweise im Bereich von Borkum, dann benötigt das Küstenboot allein für die Überfahrt mindestens sechs Stunden unter Vollast bei günstigen Tidebedingungen. Das entspricht etwa einer Alarmfahrt von Bremerhaven nach München.

Das niedersächsische Küstenboot kann also nur bedingt für diese Einsätze herangezogen werden. Wird das Küstenboot Bremen 3 ersatzlos gestrichen, ist Bremen nicht in der Lage, auf eigenem Hoheitsgebiet mit eigenen Einsatzmitteln einer polizeilichen Lage auf der Weser zu begegnen. Daher gibt es sehr wohl, trotz des Abkommens, einen zwingenden Bedarf für ein geeignetes Boot in Bremerhaven.

Grenzpolizeiliche Vollzugsaufgaben

Seit 1973 ist die WSP in den bremischen Häfen für die grenzpolizeilichen Aufgaben zuständig. Es gibt **eine** zuständige Polizeibehörde für sämtliche polizeilichen Maßnahmen beim An- und Ablauf sowie dem Umschlagsbetrieb der Seeschiffe. Grenz- und wasserschutzpolizeiliche Zuständigkeiten aber auch Aufgaben nach dem ISPS Code (Maritime Security) werden von den Kolleginnen und Kolle-

gen der WSP in Personalunion bearbeitet. Die Aufgabenverzaunung ergab einen erheblichen Synergieeffekt im Personalansatz mit zuletzt nur noch 17 Stellen.

Zunächst forderte der SIS den Bund auf, sich an den Kosten für die grenzpolizeilichen Aufgaben zu beteiligen. Das lehnte der Bund jedoch ab und übernimmt nunmehr zum 1. 1. 2012 selbst mit der Bundespolizei (BP) die Aufgabe in den bremischen Häfen. Die 17 Stellen bei der WSP sollen gestrichen werden.

Nach GdP-Kennntnis beabsichtigt die BP einen Personalansatz von 80 bis 100 Polizeibeamten/-innen. D. h., mindestens das Fünffache des bisher von Bremen berechneten Personals. Ferner entstehen dauerhaft erhebliche Mehrkosten durch die Anmietung von

Räumlichkeiten etc. Ach ja, die Bundespolizei-See kommt nun auch noch mit einem 12-Meter-Streckenboot nach Bremerhaven. Wozu? Vielleicht sollen ja zukünftig auch Passkontrollen bei Sportbootfahrern auf der Weser in Bremerhaven durchgeführt werden, wer weiß!

Die Aufgabenverlagerung an die Bundespolizei kommt den Steuerzahler teuer zu stehen. Allein die Personalmehrkosten zwischen Personalansatz Bremen und der Bundespolizei belaufen sich auf jährlich über 4 Millionen Euro. Ganz zu schweigen von dem zusätzlichen Streckenboot und den dauerhaften konsumtiven Kosten, die der „Apparat“ BP zukünftig verursacht.

Fazit:

Die geplanten Einsparpotenziale schmelzen dahin, und der tatsächliche Einspareffekt steht in keiner Relation zu den möglichen nicht vorhersehbaren Auswirkungen auf die bremische Hafenvirtschaft. Eins ist jedoch sicher: Die jetzt zu treffenden Entscheidungen sind kein Projekt und kein Probelauf, sie sind, anders als alle bisher im Rahmen der Aufgabenkritik getroffenen Maßnahmen, endgültig und unumkehrbar.

Dierk Stahl
Fachgruppenvorsitzender

Nachtrag nach Redaktionsschluss:

Nachdem die GdP bzgl. der anstehenden Entscheidungen zum Staatsvertrag mit Niedersachsen gegenüber dem SIS Stellung bezogen hat, erklärte dieser sich bereit, mit Vertretern der GdP hierüber ein Gespräch zu führen. Terminvereinbarung läuft.



Die Geschichte einer Knochenmarkspende

Interview mit dem Spender Polizeikommissar Rafael S.

Einmal in jedem Dienst schauen wir in das Intranet, um uns zu informieren, was es Neues gibt und was die Kollegen in den letzten Stunden und Tagen auf der Straße erlebt haben. Das Intranet wird jedoch genauso genutzt, um Information oder persönliche Anliegen an die zahlreichen Kollegen in Bremen zu steuern. Solch ein Anliegen hatte auch die Kollegin Melanie Heyden, welche für ihren an Leukämie erkrankten Vater die Kollegen und Kolleginnen aufrief, sich typisieren zu lassen. Hier beginnt die Geschichte meines Interviewpartners PK Rafael S.

„Ich las von dem Spendenaufruf im Intranet und beschloss, mit ca. zehn Kollegen meiner ehemaligen Dienststelle (BP222) ins Polizeipräsidium zu fahren, um mich dort typisieren zu lassen. Ich dachte mir, die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering, aber schaden kann es sicher nicht, sich dort anzumelden. Innerhalb von einer halben Stunde war ich mit allem durch.“

Wie auch Rafael ließen sich Hunderte Kollegen und Kolleginnen an diesem Tag typisieren. Ein paar Wochen nach der Aktion bekommen alle geeigneten Spender Post von der Deutschen Knochenmarkspenderdatei (DKMS) und erhalten eine Karte zum Lebensretter. Diese Karte verdeutlicht die Aufnahme in die Spenderdatei. Diese Datei ist jedoch nicht nur auf Deutschland begrenzt, sondern ermöglicht eine weltweite Suche nach seinem „Zwilling“. Die Chance, als Spender in Betracht zu kommen, ist sehr gering (siehe Kasten). Rafael erhielt schon neun Monate nach der Typisierung den Anruf, dass er als Spender passt.

„In diesem Telefonat, das ca. eine Stunde dauerte, erklärte mir die zuständige Mitarbeiterin der DKMS genau, was mich erwarten kann und welche Möglichkeiten es gibt, Stammzellen zu spenden. Zudem wurde ich sehr oft gefragt, ob ich immer noch gewillt bin, freiwillig Stammzellen zu spenden. Für mich war das keine Frage, ich bin Polizist geworden, um Menschen zu helfen, und auch aus diesem Grund habe ich mich damals typisieren lassen.“

Dann ging alles sehr schnell, denn die Zeit ist der größte Feind bei dieser Krankheit. Jede Stunde und jeder Tag zählen im Wettlauf gegen Leukämie. Ein paar Tage später begab sich Rafael in das Krankenhaus in Hameln und unterzog

sich einer Reihe zahlreicher Untersuchungen. Das Ergebnis der Untersuchung war eindeutig: Rafael war kerngesund und einer Stammzellenspende stand nichts mehr im Wege.

Es gibt zwei Möglichkeiten der Knochenmarkspende. Zum einen, dass dem Patienten unter Vollnarkose der Beckenknochen punktiert und das Knochenmark entnommen wird. Wie bei jeder Narkose besteht auch hier ein Restrisiko. Zum anderen gibt es die Möglichkeit der peripheren Stammzellentnahme (Blutwäsche). Diese Methode ist vergleichbar mit einer Plasmaspende.

Wie hoch ist die Chance, dass ich für eine Stammzellenspende in Frage komme?

Nach unserer Erfahrung kommt es bei höchstens fünf von hundert potenziellen Stammzellenspendern innerhalb der nächsten zehn Jahre zu einer Stammzellenspende. Für junge Spender, die vollständig typisiert sind, beträgt die Wahrscheinlichkeit, Stammzellen zu spenden, etwa 1% innerhalb des ersten Jahres nach der Typisierung. Im Moment spenden täglich mindestens zehn DKMS-Spender Stammzellen oder Knochenmark, rund 300 im Monat. Über 23 907-mal konnte bereits die Chance auf Leben gegeben werden.

Quelle: www.DKMS.de



Eva Schmidt, Junge Gruppe

„Ich entschied mich, wie ca. 80% der anderen Spender, für die Blutwäsche. Das bedeutete keine Vollnarkose und weniger Risiko. Jedoch muss sich jeder Spender fünf Tage vor der peripheren Stammzellentnahme ein Medikament spritzen. Dieses bewirkt, dass die Stammzellen, die überwiegend im Knochenmark vorkommen, ins fließende Blut ausgeschwemmt werden. Die ersten drei Tage hatte ich damit überhaupt keine Probleme. Tag 4 und 5 waren dagegen nicht so angenehm. Ich fühlte mich, als ob ich eine schwere Erkältung hätte. Volles Programm mit Fieber und Schüttelfrost. Am Tag der Spende im Krankenhaus in Hameln verschwanden diese Symptome mit jeder Stunde, die mein Blut ausgetauscht wurde. Man muss dazu sagen, jeder Körper reagiert anders auf dieses Medikament und die Blutwäsche. Meine Spende dauerte ca. vier Stunden. Ich konnte am selben Tag der Spende das Krankenhaus in Hameln verlassen und nach Bremen fahren. Am Tag danach konnte ich sogar direkt auf den Freemarkt. Ich hatte keine Probleme oder Beschwerden außer einer kleinen Einschränkung: Ab Beginn der Einnahme des Medikamentes durfte ich nur Innendienst versehen. Aufgrund des Medikamentes wächst die Milz, ein Schlag im Dienst auf die Milz kann somit tödlich sein. Zwei Wochen Innendienst sind ein kleines Opfer im Vergleich zu dem, was man bewirken kann“, erzählt Rafael.



JUNGE GRUPPE

Alle Kosten für die notwendigen Untersuchungen und Behandlungen sowie der Krankenhausaufenthalt und die damit verbundenen Hotelübernachtungen bis hin zu den anfallenden Reisekosten werden von der Krankenkasse des Lebensspenders übernommen. Die DKMS kümmert sich um alle anfallenden organisatorischen Dinge für den Spender und steht diesem mit Rat und Tat zur Seite.

Trauriges Ende

Jeder Lebensretter kann im Laufe der Spende erfahren, wer der Empfänger seiner Stammzellen ist. Bei Rafael handelt es sich um einen ca. 60 Jahre alten Franzosen, der sich zur Zeit der Spende im Krankheitsstadium befand. Ungefähr vier bis fünf Wochen nach der peripheren Stammzellenentnahme erfuhr der Lebensretter durch die DKMS per Post, dass sein Patient es trotz Spende nicht geschafft hatte.

„Das war ein komisches Gefühl. Schon bei meinem Aufenthalt im Krankenhaus in Hameln hatte ich viel Kontakt mit den Patienten, die Tag für Tag hoffen, einen passenden Spender zu finden. Man hofft ja trotz allem, dass das, was man macht,



Die Spende per Blutwäsche erfordert Geduld

demjenigen hilft. Ich würde das Ganze jederzeit wieder machen, wenn ich als Spender für einen Erkrankten passe. Jedoch ist die Chance, ein zweites Mal für jemanden Stammzellen zu spenden, sehr gering.“

Dieses Interview soll jedem Leser, der noch nicht typisiert ist, die Angst nehmen

und zugleich motivieren, sich in die Datenbank der Deutschen Knochenmarkspenderdatei aufnehmen zu lassen. Denn jeder Einzelne zählt und kann vielleicht Leben retten.

Typisieren lassen kann man sich übrigens nicht nur durch eine Blutentnahme, sondern auch ganz einfach durch eine Speichelentnahme mittels Wattestäbchen aus dem Mund. Wer nun also nicht bis zur nächsten möglichen Typisierungsaktion warten möchte, kann sich über die Internetseite der Deutschen Knochenmarkspenderdatei (www.DKMS.de) die nötigen Informationen und Wattestäbchen zusenden lassen und die Speichelentnahme bequem selbst zu Hause durchführen.

Ich danke meinem Interviewpartner Polizeikommissar Rafael S. für seine offene Darstellung und Zeit.

Eva Schmidt

„Jeder Einzelne zählt“

**Aktuell zählt die DKMS
2 339 041 Lebensspender
(Stand 9. 2. 2011)**

FACHGRUPPE SENIOREN

Altes HAG-Gebäude besichtigt

Mit knapp 40 Personen besichtigten wir im März das alte HAG-Gebäude. Der Kollege Manfred Siebert von der IG Chemie hat uns dies außerhalb der normalen Führungen ermöglicht. Er begrüßte uns im „weltweit bekannten“ Marmorsaal, erklärte uns die Geschichte der Fa. HAG, von der Gründung durch Ludwig Roselius (Erfinder des entkoffeinierten Kaffees) bis zum Ende der Firma und bereitete uns bei einer Tasse Kaffee auf das folgende Kaffeeseminar vor. In den Räumen der Fa. Lloyd Caffee, die jetzt in dem Gebäude ansässig ist, übernahm dann der Inhaber und Röstmeister der Firma, Herr Christian Ritschel, das Zep-ter. In seinem Vortrag begaben wir uns auf eine Reise in die Welt des Kaffees. Anschaulich wurde uns der Werdegang der Kaffeebohne – von der Bohne bis in die Tasse – erklärt. Danach konnten wir noch einem kompletten Röstvorgang

beiwohnen und verschiedene Kaffees probieren.

Herzlichen Dank an den Gewerkschaftskollegen Manfred Siebert von der IG Chemie für die gelungene Veranstal-

tung. Wir werden uns bemühen, weiterhin Reisen und Veranstaltungen für unsere Senioren zu organisieren.

Eckhard Lindhorst

Termine im April

Bremerhaven

**Dienstag, 12. März 2011, 16.00 Uhr,
Vereinsheim der Kleingärtner, Reuter-
hamm.**

Bremen

**Donnerstag, 14. April 2011, 15.30
Uhr, Grollander Krug**

Auf der Tagesordnung stehen aktuelle Themen. Der Vorstand der Fachgruppe freut sich auch auf Gäste und ein volles Haus.

Hinweis für die Senioren in Bremen und Bremerhaven:

Das **GdP-Phone 2.0** ist jetzt auch im Landesbezirk Bremen erhältlich! Kolleginnen und Kollegen, die im Januar in Bremen und Bremerhaven am Treffen teilnahmen, haben hier ihre persönlichen Bestellunterlagen für das Phone bekommen. Für Kolleginnen und Kollegen, die Interesse am GdP-Phone 2.0 haben, werden gebeten, ihre persönlichen Bestellunterlagen in der GdP-Geschäftsstelle in Bremen bzw. Bremerhaven (hier nur mittwochs, 10.00 Uhr – 15.00 Uhr) abzuholen. **Wolfgang Karzenburg**



Wilhelm Hinners bei den Senioren

Der Fachgruppenvorsitzende begrüßte beim Februar-Treffen im Grollander Krug unseren Kollegen und CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Wilhelm Hinners. Wilhelm begann seinen Vortrag im vollbesetzten Saal mit den Schwerpunkten zum Haushalt 2011. Hier wurde für alle Anwesenden deutlich, dass es im Haushalt 2011 keinen Spielraum mehr geben wird. Ein weiteres Thema war ein Ausblick auf das Jahr 2020, in Sachen Haushalt ein besonderes Jahr!

Thema war auch die Versorgungsrücklage und die damit verbundene Entscheidung der Bürgerschaft (Sitzung im Dezember 2010) diese aufzulösen bzw. nichts mehr einzuzahlen. Vom Gesetzgeber war 1999 beschlossen worden, dass ein Rückgriff erst nach 2017 erfolgen sollte, wenn die Pensionslasten ansteigen. Auch Wilhelm konnte nicht nachvollziehen, dass schon jetzt im Jahre 2011 die Lasten in Bremen den Höchststand erreicht haben sollen!

Vor dem Hintergrund der anstehenden Bürgerschaftswahl stellte er das neue Wahlrecht vor. Bei der Wahl am 22. Mai 2011 ist unser Kollege Hinners wieder Kandidat auf der CDU-Liste. Viele Fragen zum Wahlrecht mussten beantwortet werden und ich denke, dies ist ihm auch gelungen. Wir dürfen uns an dieser Stelle bei Wilhelm Hinners recht herzlich für seine Beiträge bedanken. Er hat es verstanden, dass auch das nicht ganz einfache Thema Haushalt bei allen Anwesenden gut angekommen ist. Er war sicherlich nicht zum letzten Mal im Grollander Krug.

Wolfgang Karzenburg

Kohltour Bremerhaven 2011

Und wieder mal unternahmen 20 wackere Senioren-/innen verschiedener ehemaliger OE die schon zur Tradition gewordene Kohltour. Treffpunkt war am Freitag, dem 11. Februar, um 11.30 Uhr am Loschen-Leuchtturm an der neuen Sportbootschleuse. Die Veranstalter hatten für bestes Wetter gesorgt und der nötige „Brennstoff“ für die Wanderung wurde gesponsert von den Bremer Vorstandskollegen der FG Senioren. Danke dafür!

Nach einer ausgiebigen Wandertour an der schönen Deichpromenade Bremerhavens, vorbei an den neuen Sehenswürdigkeiten wie Klimahaus, Sail City-Hotel (im Volksmund: Dubai-Hotel), Mediterraneo bis zum Wasserstandsanzeiger am Strandbad und über das Gelände des Alten Hafens mit den Museumsschiffen, über die Holländerbrücke, natürlich mit „Tankstopps“, kamen wir dann zur Lokalität „Zur Schiffergilde“. Dort war der Kohl mit allem drum und dran für 13.00 Uhr bestellt. Allen hat es sehr gut geschmeckt und es wurden noch einige vorbereitete Anekdoten zur allgemeinen Erheiterung vorgelesen.

Diese Veranstaltung beweist wieder mal, dass wir Senioren aktiv sind, den Zusammenhalt fördern und mit nicht nachlassendem Interesse Aktivitäten positiv angehen. Wiederholung im nächsten Jahr ist angesagt.

Wolfgang Stanger

FRAUENGRUPPE

Frauenquote auch bei der Polizei Bremen?

In den letzten Wochen wird sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft heiß diskutiert, ob eine Frauenquote notwendig ist.

Ich bin der Überzeugung, eine Frauenquote ist überflüssig, denn schließlich liegt der Anteil der weiblichen Führungskräfte in den „oberen Etagen“ bereits bei 3,8%.

52% der Bevölkerung Deutschlands sind Frauen und knapp 80% der Frauen im erwerbstätigen Alter sind berufstätig.

Das ist der Beweis, dass für die Frauen schon sehr viel getan wurde. Wir Frauen dürfen inzwischen sogar selbstständig Arbeitsverträge unterschreiben und ein eigenes Konto wird uns auch zugebilligt.

Frauen sind heutzutage in jedem Beruf zu finden, so auch bei der Polizei Bremen. Wir dürfen uns darüber freuen, mit einem Anteil von knapp 25% den Vollzugsbereich zu „besetzen“.

Aus Dankbarkeit, in diesem Männerberuf arbeiten zu dürfen, revanchieren wir uns, indem wir den Männern die Führungsetage nicht streitig machen.

Wir müssen uns nicht mit ihnen messen. Auf der Hochschule beweisen wir jedes Jahr aufs Neue, dass wir prozentual gesehen die besseren Abschlüsse haben.

Auch in den Auswahlen für die Sachbearbeiterposten sind wir immer ganz vorn dabei.

Nein, wir wollen auch gar nicht führen, das können unsere Kollegen viel besser. Die treffen immer die richtigen Entscheidungen, sie zweifeln nicht oder besprechen wie wir diffizile dienstliche Probleme im Team.

Trotzdem gibt es aber immer wieder einige von uns, die die Frauenquote wollen, die versuchen, sich nach vorn zu drängeln. Und ab und zu gelingt es ihnen sogar, das männlich dominierte Auswahlgremium zu überzeugen, dass sie für Führungsstellen geeignet sind.

Dieses ist für mich schockierend. Das haben die Männer, die uns bereits so viele Zugeständnisse gemacht haben, wirklich nicht verdient.

Aber insgeheim freue ich mich darüber, dass es, den Männern sei gedankt, drei Frauen in den höheren Dienst geschafft haben, obwohl erst seit 24 Jahren Frauen für den uniformierten Vollzugsdienst eingestellt werden.

Mein Fazit mit Blick auf den diesjährigen Weltfrauentag, der am 8. März 100 Jahre alt wurde, kann deshalb nur lauten: Wir haben verdammt viel erreicht!

Siggi Holschen, Landesfrauengruppe

